

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

OSKAR WEGGEL

**China im Jahr 2000****- Außenpolitische und außenwirtschaftliche Perspektiven -**\*  
\*  
\*\*\*\*\***Gliederung:**

## Vorspann

1.

## Außenpolitik

1.1.

## Der Wandel in den Zielsetzungen

1.1.1.

## Die fünf Hauptziele

1.1.2.

## "Revolution" im Dornröschenschlaf

1.1.3.

## Vitale nationale Ziele

1.1.4.

## Entschärfung an der Front des Antihegemonismus

1.1.5.

## Die wiedererwachte Autoritätsge-sinnung

1.1.6.

## Der Große Sprung nach Westen

1.2.

## Sicherheitspolitik

1.2.1.

## Der Wandel in den sicherheitspoli-tischen Vorstellungen

1.2.2.

## Die Entwicklungen im Militärwesen

1.3.

## "Modernisierung" der Außenpolitik

2.

## Außenwirtschaft

2.1.

## Empfehlungen aus den eigenen Rei-hen

2.2.

## Tendenzen

2.2.1.

## Tendenzen organisatorischer Natur

2.2.2.

## Tendenzen quantitativer Natur:

## Das große Ziel der Vervielfachung

2.2.3.

## Export- und Importstrukturen

2.2.4.

## Wiederaufleben der ideologischen Diskussion zu erwarten?

2.2.5.

## China - ein Konkurrent auf dem Weltmarkt?

3.

## "Großmacht"? "Weltmacht"? "Super-macht"? Konsequenzen für die Nach-barn?

3.1.

## Kann China bis zum Jahr 2000 Welt-machtstatus erringen?

3.1.1.

## "Macht I": Das physische Potential

3.1.2.

## "Macht II": Der Faktor "Impan-

## sionsfähigkeit"

3.2.

## Nicht Expansionismus, sondern Im-pansionismus

3.2.1.

## China als stabilisierendes Element im internationalen System

3.2.2.

## Wie wird China von seiner Machtfül-le voraussichtlich Gebrauch ma-chen?

**Vorspann**

Dies ist der fünfte - und letzte - Teil der Prognose-Serie, die mit der C.a.-Ausgabe vom Mai 1985 begann. Teil I beschäftigte sich mit der Vereinbarkeit von Bürokratie und bürokratieunabhängigen Marktkräften (C.a., Mai 1985, S.303-317). U.a. wurde dort auch ein Katalog der "metakonfuzianischen Tugenden" aufgeführt (S.313-315). Teil II (C.a., Juli- und Augustheft 1985) behandelte die Frage nach dem heutigen und künftigen Charakter der chinesischen Gesellschaft. Teil III widmete sich der Frage, ob eine Rückkehr der Kulturrevolution denkbar sei (C.a., Oktober 1985, S.694-710). In Teil IV (C.a., Februar 1985, S.97-116) standen die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven im Visier. Der hier folgende Teil V wendet sich der Außenwirtschaft, vor allem aber der Außenpolitik zu.

1.

**Außenpolitik**

1.1.

**Der Wandel in den Zielsetzungen**

1.1.1.

**Die fünf Hauptziele**

Voraussagen außenpolitischer Art sollen hier anhand der großen Zielsetzungen der Volksrepublik entwickelt werden.

Als Staat im gesellschaftlichen Umbruch hat China lange Jahre hindurch revolutionäre Zielsetzungen verfolgt. Als einem Nationalstaat obliegen ihm "chinesische" Zielsetzungen, als einem Staat der Dritten Welt und einer Anti-Status-quo-Macht antihegemonistische Ziele, als dem wiedererstandenen "Reich der Mitte" Autoritätsüberlegungen und als einem Entwicklungsland vor allem Modernisierungsinteressen.

1.1.2.

**"Revolution" im Dornröschenschlaf**

Von diesen fünf Hauptzielsetzungen ist die an erster Stelle genannte Revolutionsmission heute so gut wie vergessen, wenngleich gewisse "revolutionäre" Verbalrituale nach wie vor zum Zubehör von Festtagsreden und Jubiläumsfeiern gehören. Psychologisch unendlich fern zurück liegen Zeiten, da eine "Revolutionsführerin" wie Jiang Qing

(im März 1975) fordern konnte, daß "wir genau unterscheiden müssen zwischen Freunden und Feinden, daß wir verstehen müssen, auf wen wir uns verlassen können, mit wem wir uns vereinigen, wen wir spalten, wen wir isolieren und auf wen wir einschlagen sollen" (1). Jiang Qing konnte damals auch noch postulieren, daß China im wesentlichen nur "schwarze Freunde", "kleine Freunde" und "arme Freunde" habe, daß diese Freunde die "Revolution" und die "große Erhebung auf der ganzen Erde" wünschten und daß es zu einer "großen Reorganisation" der Völker der Welt kommen müsse (2). Für einen Chinesen mögen solche Reden heutzutage ähnlich klingen wie für einen Deutschen eine Goebbels-Ansprache.

1.1.3.

**Vitale nationale Ziele**

Während die "Weltrevolution" in Beijing heutzutage so gut wie vergessen ist, besitzen die nationalen Zielsetzungen nach wie vor uneingeschränkte Aktualität.

Ganz allgemein geht es hier zunächst einmal darum, daß jeder Chinese China strahlend und als Gegenstand ausländischer Bewunderung erleben möchte - kein Wunder nach allem, was China im 19. und in der ersten Hälfte des 20.Jhdts. erlebt hat. Übrigens war ein mächtiges und glänzendes China auch Ziel der Kulturrevolutionäre, nur daß diese sich beim Aufbau dieser Macht nicht "bourgeoiser", sondern - eben - revolutionärer Methoden bedienen wollten. Quer durch alle Parteien wird die Schaffung eines auch die Mandchurei, Xinjiang und Tibet umschließenden zentralistischen Einheitsstaates nach wie vor mit höchster Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die Beendigung des jahrzehntelangen Bürgerkriegs sowie der fast hundert Jahre dauernden Nacht des "Halbkolonialismus" ist eines der großen Pluspunkte der maoistischen Führung, die auch i.J. 2000 Begeisterung auslösen dürfte, wenn man sie bis dahin nicht ohnehin längst als Selbstverständlichkeit betrachtet.

Neben dieser allgemeinen Ausrichtung umfassen die "nationalen Zielsetzungen" aber auch durchaus konkretere Bestrebungen, wie z.B. die Bereinigung der Grenzkonflikte, die Wiedervereinigung oder die Aufbrechung des von der Führung so häufig beklagten "Einkreisungs-rings".

Was zunächst einmal die Grenzfrage angeht, so gibt es hier an nicht weniger als zehn Stellen (dreimal gegenüber Vietnam, zweimal gegenüber der Sowjetunion, zweimal gegenüber Indien sowie gegenüber Japan, den Philippinen und Malay-

sia (die letzteren beiden im Bereich des Spratly-Archipels im Südchinesischen Meer)) Konflikte, deren Lösung nach Lage der Dinge in absehbarer Zeit zumindest im Wege einer formalrechtlichen Vereinbarung zu erwarten ist. Möglicherweise bleiben diese Fragen über das Jahr 2000 hinaus in der Schwebe. Vor allem gegenüber den drei Nachbarstaaten Sowjetunion, Vietnam und Indien ist das Territorialproblem weniger eine (als solche ohne weiteres lösbare) technische Grenzregelungs- als vielmehr eine vom Politischen her höchst brisante Frage. Sobald sich einmal die politische Gesamtlage entspannt hätte, wären auch die Grenzfragen schnell zu lösen - und zwar mit Indien auf der Basis eines "Pakettausches" (China erhält den West-, Indien dagegen den umstrittenen Ostsektor), mit Vietnam nach Maßgabe der gegenwärtigen Besitzverhältnisse und mit der Sowjetunion auf der Grundlage der Festlegung von Grenzflußverlaufslinien im Amur-Ussuri-Bereich sowie eines Gebens und Nehmens im Pamir-Bereich.

Doch läßt eine Gesamtklimaverbesserung zu diesen drei Staaten vermutlich noch lange auf sich warten: Von der Sowjetunion erwartet China vor allem drei Hauptmaßnahmen, nämlich die Rücknahme ihres Engagements in Indochina, den Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan und die Ausdünnung der Truppenverbände an der chinesischen Nordgrenze. Über den letzteren Punkt läßt Moskau vermutlich noch am ehesten mit sich reden, während Afghanistan und Indochina Teilmaßnahmen der sowjetischen Globalstrategie sind, die über das bilaterale chinesisch-sowjetische Verhältnis weit hinausgehen und die deshalb auch von Überlegungen bestimmt sind, die jenseits bilateraler Kalküle liegen. Falls Beijing in den "drei Punkten" nicht von selbst einlenkt - was nicht zu erwarten ist -, wird es um eine wirkliche "Normalisierung" zur UdSSR auch i.J. 2000 noch wenig gut bestellt sein. Zwar wird der Handelsaustausch wachsen und auch sonst wird die chinesische Führung alles vermeiden, was zu einer Erhöhung der politischen Spannungen oder gar zu einem militärischen Engagement der Sowjetunion führen könnte, doch in den politischen Kernfragen bleiben beide Seiten zueinander auf Distanz.

Ähnlich ist es um das Verhältnis zu Indien bestellt. Außenpolitisch denken die Inder in den Grenzen des alten britischen Imperiums, das auch Pakistan und Bangladesch umfaßte. Die hegemoniale Stellung Indiens im gesamten südasiatischen Bereich wird nicht nur wegen dieses historischen Vermächtnisses, sondern auch wegen der schier GröÙe

Indiens als natürlich empfunden und ist ein Leitmotiv indischer Außenpolitik.

Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, liegen auf der Hand: enge Beziehungen Delhis zur Sowjetunion, welchletztere den Regionalhegemonismus Indiens unterstützt; Rivalität zu China, der anderen asiatischen Großmacht, die diesem Anspruch entgegentritt; wachsende Zusammenarbeit Indiens mit Vietnam, das - parallel zu Indien - die Führungsrolle auf dem südostasiatischen Festland beansprucht und paternalistische Haltung gegenüber den eigenen Nachbarn (Pakistan, Bangladesh, Nepal und Sri Lanka), die nun wiederum ihrerseits Anlehnung an China suchen.

Solange Indien davon ausgehen muß, daß sein südasiatischer Hegemonialanspruch durch die Sowjetunion gefördert, durch die USA und China aber in Frage gestellt wird, dürfte es bei jener moskaufreundlichen Politik bleiben, die u.a. im Herunterspielen der Besetzung Afghanistans, in der Anerkennung des moskaufreundlichen Heng-Samrin-Regimes in Kambodscha, in der Verurteilung der amerikanischen Stützpunktpolitik auf Diego Garcia (im Indischen Ozean), in der Unterstützung Vietnams als eines Gegengewichts zu China in Südostasien und in der Aufrechterhaltung eines Störpotentials gegen die regierenden Kräfte in Islamabad, Dacca und Katmandu besteht. China wird unter diesen Umständen stets versucht sein, zu diesen indischen Nachbarstaaten, vor allem aber zu Pakistan, ein besonders enges Verhältnis zu entwickeln, das seine Hauptnahrung jeweils aus der gemeinsamen antiindischen Einstellung bezieht.

Am schwierigsten läßt sich das Verhältnis Chinas zu Vietnam prognostizieren. Sollte es den vereinten Bemühungen des "Westens" gelingen, Vietnam attraktive Angebote zu machen und es aus seiner Isolation an der Seite der Sowjetunion herauszukomplimentieren, so wäre eine Aussöhnung mit China noch vor der Jahrhundertwende vorstellbar (3). *Conditio sine qua non* für jede Aussöhnung mit China wäre ein Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha. Dies ist eine Entscheidung, die ausschließlich in Hanoi liegt.

Eng mit der Grenzfrage hängt das chinesische Einkreisungstrauma zusammen. Von China aus gesehen legt die UdSSR ihren Griff um die Volksrepublik nicht nur vom Norden, sondern auch vom Westen (Afghanistan), vom Süden (Indochina) und vom Osten (wachsende Pazifikflotte!) her an. Dagegen gibt es eine Reihe von Maßnahmen, nämlich

ein (nur seiner Form nach nicht als solches apostrophiertes) Bündnis mit den USA, eine enge (seit dem Friedensvertrag von 1978 auch "antihegemonistisch" eingefärbte) Zusammenarbeit mit Japan und eine Politik der Annäherung gegenüber den ASEAN-Staaten. Formelle militärische Beistandspakte oder ein (wie immer gearteter) Beitritt zu einem multilateralen Verteidigungsbündnis kommen für China dagegen nicht in Betracht; will dieses Land doch vor allem in Belangen der Sicherheit primär auf eigenen Beinen stehen.

Ein dritter Aspekt innerhalb der nationalen Zielsetzungen ist schließlich noch die Lösung der "Wiedervereinigungsfrage". Im Hinblick auf Hongkong (und nebenbei auch auf Macau) sind bereits die nötigen Vorkehrungen getroffen worden: Hongkong geht ab 1997 in die Souveränität der VR China über.

Dagegen ist die Taiwanfrage nach wie vor offen. Anläßlich des 70. Jahrestags des Sturzes der Mandschudynastie hat Beijing an Taipe einen Neun-Punkte-Vorschlag übermittelt, der eine engere Zusammenarbeit sowie eine Politik der "Drei Beibehaltungen" (nämlich des politischen, des wirtschaftlichen und des kulturellen Systems auf der Insel) enthält. Bislang freilich hat die Regierung in Taipe jeden Annäherungsversuch zurückgewiesen. Auf der anderen Seite legt sie dem Handel mit der VR China via Hongkong keine Hindernisse mehr in den Weg - vor wenigen Jahren wären solche Kontakte noch streng bestraft worden.

Genaugenommen geht es heute nicht mehr um das Ob oder das Wie der Wiedervereinigung, sondern nur noch um das Wann. Da Beijing die Wiedervereinigung ohne Vorbedingungen fordert, liegt die Entscheidung heute nahezu ausschließlich bei Taipe. Solange Jiang Qinguo die Präsidentschaft in Taiwan innehat, dürfte es beim Status quo bleiben. Wie sich die innenpolitischen Verhältnisse nach ihm entwickeln, läßt sich heute nicht vorhersagen. Vermutlich erfolgt die Lösung der Wiedervereinigungsfrage in echt chinesischer - also gesichtswahrender - Form, d.h., man rückt sich in einer Politik der kleinen Schritte immer näher, ohne dies formell zuzugeben, und hat dann am Ende einen Zustand der "Normalisierung" erreicht, der sich von der "Wiedervereinigung" im Sinne der "Neun Punkte" nur noch dadurch unterscheidet, daß sie nur formell nicht zum Bekenntnis geworden ist.

## 1.1.4.

**Entschärfung an der Front des Antihegemonismus**

Was die antihegemonistische Komponente in der chinesischen Außenpolitik anbelangt, so geht die Studie "China im Jahr 2000", die auch nachfolgend wieder als "Gutachten" zitiert werden soll, zu Recht davon aus, daß die gegenwärtige "Drei-Welten-Situation" auch in den nächsten Jahrzehnten noch erhalten bleibt. Die Erste Welt mit den beiden, in Dauerrivalität zueinander stehenden Supermächten wird nach Ansicht des "Gutachtens" gegenüber der Dritten Welt an Macht und Einfluß verlieren - mit der Folge, daß der "Anti-Kriegs-Kampf der Völker in aller Welt die Gefahr eines neuen Weltkriegs in diesem Jahrhundert aller Wahrscheinlichkeit ausschalten wird" (4).

China wird versuchen, für seine antihegemonistische Politik auch in Zukunft die Länder der Zweiten Welt zu gewinnen, zu der - nach Meinung des Gutachtens - auch i.J. 2000 nach wie vor die hochentwickelten Staaten Westeuropas, Japan, Australien und Neuseeland sowie Kanada gehören werden. Darüber allerdings, ob auch die asiatischen Schwellenländer dann zur Zweiten Welt zählen, schweigt sich das "Gutachten" aus - verständlicherweise, wie man hinzufügen muß; gehören doch zwei dieser vier Länder, nämlich Südkorea und Taiwan, zu den politisch heißen Eisen, über deren wirtschaftliche Zukunftsträchtigkeit man lieber schweigt. Das dritte der vier Schwellenländer, nämlich Hongkong, wird, wie bereits erwähnt, 1997 zur VR China zurückkehren, und so bleibt nur noch ein viertes NIC (newly industrializing country) übrig, nämlich Singapur, über das weiter zu philosophieren man offensichtlich nicht für nötig gehalten hat.

Man sollte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Drei-Welten-Theorie kein soziologisches Analysemodell ist, sondern vielmehr brauchbare Kampfoptionen für die heutigen und künftigen Auseinandersetzungen mit "hegemonistischen" Mächten liefern soll. Bei jeder Konfrontation sind die antihegemonistischen Kräfte "maximal zu konzentrieren", d.h., es ist darauf zu achten, daß nicht nur Länder der Dritten, sondern womöglich auch der Zweiten Welt gewonnen werden und daß vielleicht sogar noch zusätzlich eine der Supermächte gegen die andere in Pflicht genommen wird - man denke etwa an Afghanistan und Kambodscha, wo China mit den USA gemeinsame Sache macht.

Unter der Voraussetzung, daß die Drei Welten als solche bestehen bleiben, wird sich nach Auffassung des "Gutachtens" das internationa-

le System weiter in Richtung Multipolarisierung und in Richtung Blockbildung entwickeln. Hierbei erwartet man, daß sich der Konkurrenzkampf zwischen den USA, Japan und Westeuropa weiter verschärfen wird, während andererseits die Entwicklungsländer durch verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auch durch den gemeinsamen Kampf gegen die "alte internationale Wirtschaftsordnung" näher zusammenrücken als es bisher der Fall war.

Hier scheint viel Wunschdenken im Spiel zu sein; kaum zu glauben, daß die Verfasser des Gutachtens so naiv sind, anzunehmen, daß die Dritte Welt, die sich in den dreißig Jahren seit Bandung so weit auseinanderentwickelt hat, nun in der Hälfte dieser Zeit wieder zu einer Einheit zusammenwächst! Andererseits bedeutet die Tatsache, daß die Länder des Westens in einen schärferen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf eintreten, noch lange nicht, daß sie nicht gleichzeitig auch zur umfangreichsten Kooperation in der Lage wären! Was schließlich die Kooperation zwischen den hochentwickelten und den unterentwickelten Ländern anbelangt, so geht sogar das "Gutachten" davon aus, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ländern beider Kategorien bis zum Jahr 2000 vermutlich schneller zunehmen wird als die Kooperation der Drittweltländer untereinander. China erwartet sich m.a.W. von der Nord-Süd-Zusammenarbeit schnellere Fortschritte als von der Süd-Süd-Kooperation!

Und wie steht es um das "Ost-Süd-Verhältnis"? Nach Meinung der "Gutachter" werden sich die wirtschaftlichen Kontakte der osteuropäischen Staaten zur Dritten Welt bis zum Jahr 2000 wesentlich verstärken. Die Hinwendung der osteuropäischen Staaten zum "Süden" gilt als eine Art Ersatzlösung und hängt - so das "Gutachten" - damit zusammen, daß die Sowjetunion als politische und wirtschaftliche Vormacht des Ostblocks ihre osteuropäischen Verbündeten daran hindern wird, allzu enge Beziehungen mit den hochentwickelten "kapitalistischen" Staaten aufzunehmen. Auch hier dürfte das Urteil etwas vorschnell gefällt worden sein. Wollen nämlich die osteuropäischen Staaten konkurrenzfähig bleiben, so müssen sie nolens volens im Interesse eines rascheren Technologietransfers mit dem "Westen" kooperieren - koste es, was es wolle; dies ist vor allem bei der DDR der Fall, dürfte sich aber auch bei den anderen osteuropäischen Staaten schnell zeigen. Man darf daran zweifeln, ob es der Sowjetunion gelingt, hier mit einer permanenten Bremsstrategie erfolgreich zu sein.

Für Entwicklungen im Bereich der Mikroelektronik, der Biotechnik, neuer Werkstoffe, neuer Energiequellen, der Ozeanographie und des Maschinenbaus ist ein erweiterter Handelsaustausch mit den Ländern der Dritten Welt ganz gewiß kein Ersatz für Beziehungen zum hochentwickelten Westen! Dies müßte vor allem China wissen, das sich hier ja in einer ähnlichen Lage befindet, wie der einzelne osteuropäische Staat!

## 1.1.5.

**Die wiedererwachte Autoritätsgesinnung**

Und China als "Reich der Mitte"? Seit Beginn der Reformen zeichnet sich in der Volksrepublik eine Entwicklung ab, die man präterpropter als "Renormalisierung" kennzeichnen könnte. Damit ist selbstverständlich nicht eine Rückkehr ins Jahr 1911 gemeint, wohl aber beginnen wieder Konturen jener traditionellen "patriarchalischen" Bestrebungen aufzutauchen, die für Chinas "Außenpolitik" jahrhundertelang charakteristisch gewesen waren. Vor allem chinesische Korea-, Vietnam- oder Japanpolitik läßt sich ohne Einblendung solcher traditionellen Strukturen nie ganz in den Griff bekommen. Was beispielsweise Vietnam anbelangt, so könnte man argumentieren, daß dieser südliche Nachbar durch seine Überlassung von Marinebasen an die Sowjetunion den chinesischen Sicherheitsvorstellungen grundlegend zuwiderhandelt und deshalb (!) permanent "bestraft" wird. Diese rein rationale Argumentation bringt jedoch noch nicht die ganze Wahrheit an den Tag. Das Ausmaß der chinesischen Verbitterung wird vielmehr erst dann ganz verständlich, wenn man bedenkt, daß China durch das "ungehörige" Benehmen Vietnams grundlegende Respektbeziehungen verletzt sieht und daß es deshalb mit seiner "Erziehung" (seien es nun Erziehungsfeldzüge oder Erziehungsgespräche) nicht eher innehalten will, bis Vietnam wieder "angemessenes" Verhalten zeigt. Modell für ein solches Verhalten aber steht ein anderer Nachbarstaat, der durch die Jahrhunderte dem "Reich der Mitte" gegenüber eine fast gleiche Stellung innehatte wie Vietnam, nämlich Korea (hier: Nordkorea). Pjongyang folgt ganz gewiß nicht jedem Wink Beijings; doch zeigt es ihm gegenüber ein höchst respektvolles, wenn auch leicht distanzierendes Verhalten, legt also ein Benehmen an den Tag, wie es einem "jüngeren Mitglied" innerhalb der asiatischen Völkerfamilie ansteht. Wie die chinesische Koreapolitik seit vier Jahrzehnten zeigt, ist China mit diesem Verhalten offensichtlich ganz zufrieden (5). Sobald Vietnam sich aus Kambodscha zurückgezogen hat und eine ähnliche Haltung

gegenüber China zu beziehen beginnt, wie es bei Korea der Fall ist, sollte es auch um das chinesisch-vietnamesische Verhältnis wieder besser bestellt sein!

### 1.1.6.

#### Der Große Sprung nach Westen

Als Entwicklungsland auf dem Weg zur Modernisierung braucht China auch in den nächsten Jahrzehnten noch die Zusammenarbeit mit den hochentwickelten westlichen Volkswirtschaften. Das "Gutachten" geht - wohl zu Recht - davon aus, daß China bis zum Jahr 2000 allenfalls jenen Entwicklungsstand erreichen könne, den die fortgeschrittenen "kapitalistischen Länder" bereits Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre überschritten haben. China könne diese Vorreiter also keineswegs einholen, müsse sich aber darum bemühen, wenigstens den Abstand zu verkürzen. Die Bäume der hochentwickelten Länder werden allerdings nach Meinung des "Gutachtens" bis zum Jahr 2000 ebenfalls nicht in den Himmel wachsen. Nach wie vor litten sie an ihrer "Stagflation", die nicht innerhalb von wenigen Jahren überwunden werden könne. Übrigens kämen auch die wirtschaftlichen Reformen in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern nur im Schnecken tempo voran. Lediglich im asiatisch-pazifischen Raum werde das Wachstumstempo etwas höher liegen als in den übrigen Teilen der Welt.

Langsames Wachstum der Weltwirtschaft, Stagflation im Westen, Reformrückstände im Ostblock und Kampf der Dritten Welt um eine neue Weltwirtschaftsordnung - dies sind die vier Koordinaten, von denen China bis zum Jahr 2000 ausgehen zu können glaubt und innerhalb deren es sich zurechtfinden muß. Vor allem hat hier auch die Außenwirtschaftspolitik anzusetzen (Näheres dazu unten 2.).

## 1.2.

### Sicherheitspolitik

#### 1.2.1.

#### Der Wandel in den sicherheitspolitischen Vorstellungen

Zur Frage der Sicherheit hat die chinesische Führung lange eine schwankende Haltung eingenommen; doch haben sich die Vorstellungen im Laufe der Jahrzehnte immer mehr präzisiert, so daß davon auszugehen ist, daß der in der Zwischenzeit erreichte, "wohlgeprüfte" Erkenntnis- und Bewertungsstand auch i. J. 2000 noch Gültigkeit hat, zumal zahlreiche außenpolitische Vorstellungen bereits bei der innenpolitischen Sicherheitsdiskussion geklärt worden sind - mit der Folge, daß hier eine weitere Rückbindung stattfindet. Die chinesische "Sicherheits"-Auffassung

läßt sich in der Tat auch heute noch am besten im innenpolitischen Bereich erfassen. Die Aufgabe der Sicherheitskräfte ist dort, anders als im deutschen Polizeirecht, keineswegs nur auf die Beseitigung von "Störungen" beschränkt (also negativ eingegrenzt), sondern besteht primär in der Gewährleistung günstiger Bedingungen für den von der Partei festgelegten Kurs, d.h. also etwa der "Modernisierung" und des "sozialistischen Aufbaus" etc. "Sicherheitspolitik" hat also einen aktiv fördernden Charakter. Sie kann deshalb nicht nur auf die formelle Polizei beschränkt bleiben, sondern muß tendenziell von jedermann getragen werden, was in einer so pädagogisch angelegten Gesellschaft wie der chinesischen keineswegs auf eine utopische Erwartung hinausläuft. Vor allem kann sich die Führung darauf verlassen, daß die für China so typischen Danweis eine solche Sicherheitsfunktion mitübernehmen.

Im Rahmen dieser innenpolitischen Sicherheitspraxis haben sich im Laufe der Zeit drei Spannungsfelder ergeben, nämlich zwischen "Professionalismus" und "Massenlinie" (d.h. zwischen formeller Polizei und "Sicherheits selbstverwaltung der Massen"), ferner zwischen Gefahrenabwehr und Sozialisationsaufgabe sowie drittens zwischen staatlicher und danweigeträger Tätigkeit. Das hier angedeutete Tauziehen ist bis heute nicht entschieden - und kann wohl auch in Zukunft zu keinem definitiven Abschluß kommen.

Wie die Innen- so auch die Außenpolitik: "Sicherheit" bedeutet auch hier nicht nur Verhinderung von kalten oder heißen Kriegen, sondern vielmehr Sicherstellung jener Rahmenbedingungen, die es der VR China ermöglichen, ihren außenpolitischen Vorstellungen Gehör zu verschaffen. Kein Wunder, daß die Führung in Beijing von jeher gegen die traditionell enge Auslegung des in der UNO-Charta verankerten Schlüsselbegriffs der "Aggression" zu Felde gezogen ist - und wohl auch in Zukunft ziehen wird. Die Diskussion um die Definition dieses für die gesamte Friedenssicherung der UNO grundlegenden Begriffs ist so alt wie die UNO selbst. Anfangs standen sich hier drei grundverschiedene Rechtsauffassungen gegenüber: Die Juristen aus dem Römischen Rechtsbereich suchten eine möglichst kurze, in sich vollständige Generaldefinition. Die sowjetische Seite andererseits wünschte eine enumerative Definition mit reicher Kasuistik. Die Vertreter aus dem Angelsächsischen Rechtskreis schließlich wollten die Praxis (Case Law!) zum Vater der Definition werden lassen.

Diesen drei verschiedenen Versionen fügte die VR China bereits 1973 eine vierte hinzu, indem sie nämlich vorschlug, daß das Vorliegen einer "Aggression" in concreto nicht aufgrund einer juristischen, sondern einer politischen Beurteilung erfolgen solle, indem nämlich sämtliche Mitglieder der UNO, ob groß oder klein, ad hoc darüber abstimmen. Ansätze dieser Art gehen Hand in Hand mit der chinesischen Forderung nach einer "Demokratisierung" nicht nur der UNO (d.h. dann Aufwertung der Generalversammlung bei gleichzeitiger Reduzierung der Sicherheitsratsbefugnisse), sondern der Abrüstungsdiskussion überhaupt. Da bei den meisten Ländern der Dritten Welt Übereinstimmung darin besteht, daß Aggressionen heutzutage nicht nur militärischer, sondern überwiegend wirtschaftlicher Natur sind, wäre sichergestellt, daß die von China gewünschte extensive Interpretation des Sicherheitsbegriffs auch in der Außenpolitik wirksam zum Zuge käme, und daß China, das sich ja einstweilen (und - in demonstrativer Weise - ganz gewiß noch bis zum Jahr 2000) selbst als ein Staat der Dritten Welt begreift, in der Lage wäre, seine außenpolitischen Vorstellungen besser durchzusetzen.

Eine zweite Parallele zur Innenpolitik besteht darin, daß China von (formellen) UNO-Truppen nur wenig hält und sich deshalb auch bis 1981 konstant geweigert hat, zur Entsendung solcher Einheiten finanziell beizutragen. Viel wichtiger sei statt dessen, daß sämtliche UNO-Mitglieder, ob groß oder klein, kernwaffenbesitzend oder kernwaffenlos, stark oder schwach, ein neues Meinungsklima schaffen. In diesem Sinne solle der bisher so eng gefaßte "Abrüstungsclub" durch eine "Abrüstungsdemokratie" ersetzt werden. Chinas Dritte-Welt-Politik ist der Versuch, sich in diesem Sinn einen breiten Resonanzboden zu verschaffen. Diese pädagogische Einflußnahme entspricht bester altchinesischer Tradition und hat gerade deshalb, weil sie so alt ist, auch solide Chancen für eine lange Zukunft.

Zwei spezifische Aspekte sind hier besonders zu behandeln, nämlich die Abrüstungsvorstellungen und die Militärpolitik Chinas.

- Die chinesischen Abrüstungsvorstellungen  
In der Abrüstungsfrage hat Beijing einen jahrzehntelangen Lernprozeß durchgemacht. Bisher ist es, nachdem es anfangs im Windschatten Moskaus gesegelt war, mit vier Abrüstungsvorschlägen hervorgetreten, nämlich 1963, 1971, 1979 und 1982. Im Laufe der zwei Jahrzehnte, die zwischen beiden Außendaten

liegen, hat es eine Reihe von Akzentverschiebungen gegeben, nämlich von Maximalforderungen (Totalvernichtung aller Nuklearwaffen) zum Gradualismus (schrittweiser Abbau), von der Ost-West-Dimension zur Einbettung in das Nord-Süd-Rahmenwerk (eingesparte Rüstungsmillionen sollen der Entwicklungshilfe zugute kommen), von der Denuklearisierung zur allgemeinen Abrüstung (ABC-, Weltraum- und konventionelle Waffen), vom Pauschalverbot nuklearer Installationen zu einer differenzierteren Betrachtungsweise (vor allem im Bereich der zivilen Nuklearforschung). Nach heutiger chinesischer Auffassung sind Weltwährungs-, Weltentwicklungs- und Weltabrüstungspolitik als Einheit zu diskutieren.

Gleich geblieben sind demgegenüber die Forderung nach Demokratisierung der Abrüstungsberatungen (vgl. oben), die Empfehlung nuklearfreier Zonen und der Vorschlag, die Abmachungen über das Verbot von Kernwaffentests und über die Nichtweitergabe von Atomwaffen zwar nicht zu unterzeichnen, sie aber gleichwohl de facto einzuhalten.

Es handelt sich hier durchwegs um Erkenntnisse, die mit den achtziger oder neunziger Jahren noch lange nicht ihre Gültigkeit verloren haben dürften!

Der Wandel in den Vorstellungen der Beijinger Führung ist vor allem durch den nachmaoistischen Reformkurs (1978 ff.) ausgelöst worden. Fern ist die Zeit, in der man die Gefährlichkeit eines ABC-Kriegs noch gering einschätzte. In Beijing hat man heute klar erkannt, daß China zur Fortsetzung seines "Modernisierungs"-Kurses ohne Wenn und Aber eine "friedliche internationale Umwelt" braucht. Es handelt sich hierbei gleichsam um die Existenzbedingung für ein modernes China. Die Verharmlosung des Kriegs, wie sie vor allem unter Mao Zedong jahrelang betrieben worden war, gehört nun wohl endgültig der Vergangenheit an. Es war ein dreifacher Einstellungswandel, der von den Reformen ausgelöst wurde, nämlich von der Papiertiger- zur Tigertheorie - erstere hatte ihre Nahrung noch aus den alten Volkskriegserfahrungen gezogen, denen zufolge ein für eine gerechte Sache eintretender Volkskriegskämpfer stärker sei als ein waffentechnisch noch so überlegener Gegner; ferner von der Unvermeidbarkeitsthese ("Kriege sind unvermeidbar!") zur Politik der Friedenssicherung (und damit auch des Beifalls für die internationale Friedensbewegung) und nicht zuletzt von der "Bestrafungs"- zur Verhinderungsstrategie: Wer die "Theorie der Unver-

meidbarkeit von Kriegen" vertritt, kann logischerweise nicht den Angriff als solchen verhindern wollen, sondern konzentriert sich statt dessen auf die Bestrafung des Aggressors - ganz im Sinne des maoistischen Grundsatzes, daß "wir nicht angreifen, daß wir aber, sollten wir angegriffen werden, den Gegner vernichten". Wichtigste Waffe hierfür war der "Volkskrieg", der darauf abzielt, den Gegner "im Meere des Volkes ertrinken zu lassen". Inzwischen geht die Führung davon aus, daß jede Strategie des "Ertrinkenlassens" mit ungeheuren Opfern an Menschen, Infrastruktur und Wirtschaftssubstanz zu erkauften wäre. Daher soll der Gegner bereits im chinesischen Grenzbereich abgefangen werden. Die Strategie der "flexiblen Antwort" ist bisher zwar noch nicht offiziell formuliert worden, doch zeigen die seit 1981 jährlich durchgeführten Verbundmanöver entlang der potentiellen Einfallschleuse in der Inneren Mongolei, daß Ansätze zu einem solchen Umdenken bereits vorhanden sind. In den nächsten Jahren wird diese neue Abwehrstrategie nicht nur expressis verbis formuliert, sondern auch durch einschlägige Waffenbeschaffung (Panzer und Flugzeuge) zusätzlich instrumentiert werden.

### 1.2.2.

**Die Entwicklungen im Militärwesen**  
Bedingt durch ihre Unentbehrlichkeit im "Befreiungskampf" hat die 1927 gegründete VBA drei Jahrzehnte lang in der Volksrepublik einen alles überragenden Stellenwert eingenommen. Anderswo schafft ein Staat sich eine Armee; im revolutionären China war es umgekehrt. Jahrzehntlang hatte die VBA drei Aufgaben auf einmal wahrzunehmen, nämlich zu kämpfen, zu produzieren (es gibt eigene Armeefabriken, Forschungsstätten und Staatsfarmen) sowie politisch am Aufbau der "sozialistischen Gesellschaft" mitzuwirken; dem letzteren Auftrag kam sie vor allem in den Jahren unmittelbar nach 1949 sowie während der Kulturrevolution mit solcher Gründlichkeit nach, daß es ihr beispielsweise beim IX. Parteitag (1969) gelang, rd. die Hälfte aller Politbüro- und Provinzleiterposten zu besetzen. Die Armee galt damals als eine Art Schule der Nation und als "Vorbild für das ganze Volk". Die alte Warnung Maos, daß niemals die "Gewehrläufe über die Partei regieren" dürften, schien in diesen Jahren der Vergangenheit anzugehören.

Spätestens seit Beginn der Reformen beginnt sich jedoch auch hier ein "Normalisierungs"-Prozeß abzuzeichnen. Als "normal" galt 2000 Jahre lang der Vorrang des zivilen vor dem militärischen Element, der Politik vor der militärischen Auseinandersetzung und des "Straf-

feldzugdenkens" vor dem Streben nach Inbesitznahme fremden Territoriums. Nach konfuzianischer Auffassung kam dem Militär ein ähnlich negativer Stellenwert zu wie dem Strafrecht: Ein schöner Staatsmann, der auf eines von beiden rekurrieren muß, statt durch Autorität und moralisches Vorbild zu herrschen! Jedermann in China kennt das Sprichwort, daß "ein guter Mensch kein Soldat wird".

Inzwischen (1986) zeigen sich - ganz in diesem Sinne - erste wirtschaftliche, soziale und politische Einbußen der Armee: Der Militärhaushalt stagniert auf dem Stand von 1980, militärische Fabriken haben einen immer höheren Anteil an Zivilgütern herzustellen, nicht wenige Soldaten sehen sich nach Beendigung ihrer Dienstzeit mit Arbeitslosigkeit konfrontiert, und nicht zuletzt werden Spitzenpositionen in Partei und Staat fast nur noch von "Zivilisten" besetzt. Ferner wird die Armee von vier Millionen (Stand 1985) auf demnächst drei Millionen Mann zurückgestutzt - ein Mannschaftsstand, der dann freilich bis zum Jahr 2000 kaum abermals reduziert werden kann, wenn die VBA ihre Glaubhaftigkeit, vor allem gegenüber dem potentiellen Hauptfeind, der UdSSR, behalten will. "Weniger Quantität, dafür mehr Qualität" heißt die Parole. Ganz auf diese Linie sind auch die Modernisierungsmaßnahmen zugeschnitten. Modernisierung kann angesichts der finanziellen und technologischen Engpässe sowohl heute als auch in den nächsten ein- einhalb Jahrzehnten nur auf ein (möglichst kostenbewußtes) Ausfüllen von Lücken hinauslaufen, deren Mißachtung im Falle einer Auseinandersetzung mit der UdSSR besonders gefährliche Folgen hätte.

Modernisierung findet deshalb vor allem im Ausbildungsbereich statt, wo sich "drei große Verschiebungen" abzeichnen, nämlich von der Soldaten- auf die Offiziersausbildung, vom "Infanterismus" auf Operationen mit mechanisierten Verbänden und von Einzelgefechten auf die sog. "dreidimensionale Kampfführung" (zu Land, zu Wasser und in der Luft). Neben dieser strategischen ist inzwischen auch eine organisatorische Modernisierung eingeleitet worden, die unter dem Stichwort "Regularisierung" läuft und - in Stichworten - folgende Haupt-"Errungenschaften" betrifft: Soldateneid (seit 1981), Militärstrafgesetz, militärische Studienkataloge, Militärparaden, militärische Disziplinarbestimmungen, Wiedereinführung der Abzeichen, Epauletten und Uniformen, der Altersgrenze und der Militärischen Sonderschulen, Zurückstufung der Politoffiziere, Ausgliederung

ring nichtmilitärischer Einheiten (z.B. des Eisenbahnkorps der Bewaffneten Volkspolizei etc.) (Näheres dazu C.a., März 1984, S.138 ff.). Aus einer "spontanentstandenen" Volksarmee soll m.a.W. eine "Regular"-Armee werden. "Regularisierungs"-Maßnahmen waren im Gefolge des Koreakriegs bereits vom damaligen Oberkommandierenden Peng Dehuai eingeleitet, aber von seinem Nachfolger Lin Biao wieder eingestellt worden. Seit 1981 knüpft man nun wieder an das im Zeichen Pengs stehende Jahr 1956 an - und es spricht alles dafür, daß dies auch die Richtung bis zur Jahrhundertwende bleiben wird.

An dritter Stelle folgt die ideologische Modernisierung (gegen "Links"-Lastigkeit) und erst (!) an vierter Stelle die Waffenmodernisierung.

Wie diese Entwicklung zeigt, wird die Sicherheit im "China der Modernisierungen" primär durch wirtschaftliche, erzieherische und überhaupt kommunikative Mittel und erst sekundär durch Waffen unterbaut. Letztlich ist die Sicherheit sowohl in der Innen- wie auch in der Außenpolitik eine Erziehungsfrage! Erziehung des Menschengesellschafts zum Frieden sozusagen: Dies ist nicht nur ein Jahrhundert-, sondern ein Jahrtausendgedanke!

**1.3. "Modernisierung" der Außenpolitik**  
"Modernisierung" der Außenpolitik bedeutet Formierung der Ziele, Strategien und Stilmittel in eine Richtung, die der "Generallinie" des hauptsächlich wirtschaftlich-technologisch ausgerichteten Reformkurses am gemäßtesten ist. Zu den Verschiebungen, die sich in diesen drei Bereichen bis zum Jahr 2000 wahrscheinlich ergeben dürften, ist unten (3.2.1.) Näheres auszuführen.

So viel sei schon hier erwähnt, daß Chinas Außenpolitik keine Politik der Extreme mehr sein kann - weder "Große Unordnung unter dem Himmel" noch "Neo-Isolationismus". Die Volksrepublik wird vielmehr der "Weisheit des alten Chinas" folgen und einen "Weg der Mitte" beschreiten.

## 2. Außenwirtschaft

### 2.1. Empfehlungen aus den eigenen Reihen

Das "Gutachten" empfiehlt der Regierung, bis zum Jahr 2000 vor allem fünf Belangen besonderes Augenmerk zu schenken, nämlich den Bereichen Wissenschaft und Technologie, Energie, Nahrungsmittelproduktion, Außenhandel und ausländische Investitionen in China.

Nicht weniger als zwei der fünf Punkte haben also mit Außenwirtschaft zu tun - mit gewissem Recht kann man hierher sogar noch "Wissenschaft und Technologie" rechnen; sollen sie doch ihren Anteil am Außenhandel bis zum Jahr 2000 wesentlich erhöhen, weil zweckmäßigerweise nicht "Eier, sondern Hühner" zu erwerben sind (6).

### 2.2. Tendenzen

In der Außenwirtschaft dürften sich die heute schon so holzschnittartig deutlichen Tendenzen qualitativer und quantitativer Natur bis zum Jahre 2000 verstärkt fortsetzen, obwohl intermediäre Bremsversuche keineswegs auszuschließen sind.

#### 2.2.1. Tendenzen organisatorischer Natur

An zukunftssträchtigen Neuansätzen sind hier vor allem vier zu nennen, nämlich die weitere Zunahme der Außenhandelspartner auf chinesischer Seite, die Ausdifferenzierung der Interaktionsformen, die weitere Zunahme der Orte, an denen Ausländer mit Chinesen in Verbindung treten und nicht zuletzt die Vervielfachung und Differenzierung im Rechtswesen.

Mit Interaktionsformen ist hier das Mosaik von Vertragsgestaltungen gemeint, das inzwischen weit über den Kaufvertrag hinausgeht und Joint Ventures, Leasingverträge, Lohnveredelungsabmachungen sowie Kompensationsgeschäfte u.v.a. umfaßt.

Unter "Vielfalt der Orte" ist die Zunahme der Wirtschaftssondergebiete zu verstehen, die inzwischen zu Dutzenden entstanden und noch im Werden begriffen sind.

Besonders bedeutsam ist die Zunahme der selbständigen Akteure - gerade im Außenhandelsbereich. Hierbei erhebt sich eine grundsätzliche Frage: Werden die Provinzen zu "Staaten im Staat"? Im Zeichen der Dezentralisierung, die eines der wesentlichen Merkmale der Reformpolitik ist (dazu Teil IV dieser Prognose-Serie, C.a., Februar 1985, S.109 ff.), zeigt sich nicht nur eine Autonomisierung der Betriebe, sondern auch der Provinzen.

Am Anfang waren es die klassischen Hafenstädte Tianjin, Shanghai und Guangzhou, die bereits in der Qing-Zeit Außenhandelsaktivitäten für ihr jeweiliges Hinterland betrieben hatten, und die nun seit Ende der siebziger Jahre unter Einsatz ihrer "Ellenbogen" die alte - und so profitable - Außenwirtschaftsposition wieder einzunehmen strebten. Shanghai fühlte sich hierbei "zuständig" für die Provinzen Jiangsu, Anhui, Henan, Hubei, Hunan,

Jiangxi und Sichuan. Tianjin glaubte vor allem für sieben Provinzen Außenhandelsverantwortung übernehmen zu können, nämlich für Shaanxi, Hebei, Innere Mongolei, Xinjiang, Qinghai, Gansu und Ningxia.

Bei diesem Bestreben, alte "Abhängigkeiten" wieder neu zu beleben, stießen diese beiden Städte - übrigens genauso wie Guangzhou oder aber Fuzhou - auf den wachsenden Widerstand der Hinterlandsprovinzen, die nicht einsehen wollten, warum sie ihre Interessen nicht selbst wahrnehmen sollten. Gleichzeitig begann sie sich selbst zu Wort zu melden, eigene Außenwirtschaftsorgane herauszuentwickeln und mit den zentralen Außenwirtschaftsorganen in Konkurrenz zu treten.

Neben die sieben klassischen, in Beijing ansässigen "Außenhandels-gesellschaften" traten seit Anfang der achtziger Jahre zunächst Provinzaußenhandelsgesellschaften, später provinzielle Dienstleistungs- und auch lokale Treuhand- und Investitionsgesellschaften, welchletzte den Auftrag haben, für den Aufbau von Joint Ventures mit ausländischen Firmen, für die Einwerbung von Krediten und für die Ausgabe von Anleihepapieren etc. zu sorgen. Vorreiter der "TIGen" (Treuhand- und Investitionsgesellschaften) waren die Provinzen Beijing, Shanghai, Tianjin und Fujian. Bereits 1981 traten zahlreiche weitere Provinzen in die Fußstapfen dieser Vier - und zwar nicht weniger als 15, wobei diesmal nicht nur Küsten-, sondern auch Inlandsprovinzen wie Jiangxi und Hubei beteiligt waren. Keine Provinz wollte offensichtlich mehr zurückstehen und begann sich statt dessen um Auslandsgelder, Joint Ventures und Kompensationsgeschäfte zu drängeln, wobei nach Möglichkeit die zentralen Außenwirtschaftskorporationen links liegenbleiben sollten - Ausdruck des "neuen Zeitgeistes" (7). Als besonders tatkräftig im Wettbewerb erwiesen sich wiederum die lokalen Außenhandels-, Dienstleistungs- und Treuhandgesellschaften von Tianjin und Shanghai. Obwohl die Zentralregierung gegen Wettbewerb nichts einzuwenden hatte, kam es doch schon bald zu Abgrenzungstreitigkeiten zwischen den zentralen Außenwirtschaftsorganen (d.h. den zentralen AHGen, den AHGen der einzelnen Ministerien, den Dienstleistungsgesellschaften sowie der CITIC einerseits und den Provinzorganen andererseits). Mancher ausländischer Unternehmer, der mit einer Provinz einen Vertrag abgeschlossen hatte und wieder nach Hause zurückgekehrt war, sah sich zu seiner Überraschung von der Zentrale dazu auf-

gerufen, auch in Beijing seine Unterschrift zu leisten. Selbst heutzutage sind die Abgrenzungskriterien noch nicht überall klar zu ermitteln. Soweit es sich um Warengruppen handelt, die typisch "zentralen" Charakter aufweisen (man denke an den Kauf eines Kernkraftwerks, einer Lokomotive oder militärischer Ausrüstungen), bestehen zwar keine Meinungsverschiedenheiten, sehr wohl aber über die Höhe des Betrags, bis zu dem eine Provinz in eigenem Namen abschließen kann.

Wie solche Detailfragen im weiteren Verlauf auch immer entschieden werden mögen - fest steht am Ende doch, daß die Provinzen immer ungeduldiger und eigensüchtiger nach vorne drängen und in Zukunft wohl versuchen werden, nicht nur außenwirtschaftliche, sondern auch außenpolitische Fragen in eigener Regie zu entscheiden - man denke etwa an die "kommunale Außenpolitik" verschiedener Städte, die mit Kommunen des Auslands Patenschaftsverträge abgeschlossen, oder aber an die Praxis der Provinzen, die inzwischen ebenfalls auf den Patenschaftszug aufgesprungen sind.

Was das Verhältnis zwischen Zentrale und Provinzen im allgemeinen anbelangt, so lassen sich rein theoretisch drei Optionen denken, nämlich entweder die Aufsplitterung Chinas nach dem Schema der Warlord-Zeit in den dreißiger Jahren oder aber die Beibehaltung des theoretisch so klar postulierten Zentralismus auch in der Praxis oder aber ein Mittelweg zwischen diesen beiden Extremen - eben die (auch außenwirtschaftlich so bedeutungsvolle) Dezentralisierung.

Eine Entwicklung in Richtung auf die ersten beiden Optionen ist während der nächsten Jahre ganz gewiß nicht zu erwarten. Vielmehr weist der Zeiger, wie bereits erwähnt, in Richtung Dezentralisierung. Vier Erklärungsansätze sind es vor allem, die von der Wissenschaft im Laufe der Zeit zu diesem Beziehungsverhältnis entwickelt worden sind, nämlich der historische, der "Feldarmee"-, der "Zellular"- und der "Polyzentrismus"-Ansatz (8). Der erstere Ansatz besagt, daß immer dann, wenn das Zivilregiment stark war, alle Kräfte auf Einheit hin wirkten, während dann, wenn das Militär in den Vordergrund trat, Spaltungstendenzen wirksam wurden. Der "Feldarmee"-Ansatz ist in gewisser Weise zeitbedingt, da er auf die Loyalität jener fünf "Feldarmee"-Systeme abstellt, die in den dreißiger und vierziger Jahren entstanden waren und die sich Mitte der achtziger Jahre wegen Überalterung oder wegen des Todes der zugehörigen Militärs so gut wie

aufgelöst haben. Immerhin aber bleibt an diesem Denkmodell die Loyalitätskomponente bedenkenswert, die darauf aufmerksam macht, daß es in China nicht so sehr Sachfunktionen als vielmehr persönliche Verbindungen sind, die integrierend oder desintegrierend auf das Verhältnis zwischen Zentrale und Provinzen einwirken.

Der "Zellular"-Ansatz geht von einer Struktur aus, wie sie sich in Ansätzen bereits vor der Kulturrevolution herausentwickelt hatte und wie sie seit Beginn der Reformen erneut zutage getreten ist, nämlich der Existenz zahlreicher in sich geschlossener Zellen, die einerseits in Form der Danweis, andererseits aber auch ganzer Provinzeinheiten zutage tritt, wobei der "zellulare Charakter" noch dadurch unterstrichen wird, daß die einzelnen Provinzen jeweils als sog. "Verantwortungssysteme" gelten, die typische Provinzaufgaben wahrnehmen, so daß der übergeordneten Zentrale nur noch bestimmte provinzüberschreitende Zuständigkeitsbereiche verbleiben, so z.B. der interprovinzielle Austausch industrieller (Stahl, Eisen, Kohle, Werkzeuge, Baumwolle etc.), und landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Getreide, Öl, Schweinefleisch etc.), der Export und Import im Rahmen der Außenwirtschaft, ferner das überprovinzielle Eisenbahn- und Verkehrswesen, die Politik der Gesamtinvestitionen, die Eckwerte für Löhne und Personal und die Sorge für die Höheren Lehranstalten.

Je mehr sich die Zentrale ihrer Planungsrechte begibt, desto weniger direkte Einflußmöglichkeiten auf die einzelnen Provinzen verbleiben ihr; was sie letztlich in der Hand behält, sind bestimmte Hebel (Preise, Kredite, Ernennung oder Abberufung höherer Funktionäre etc.).

In gleicher Richtung argumentiert der "Polyzentrismus"-Ansatz, der neben strukturellen auch noch personelle Kräfte für die Entstehung eines vielzelligen China verantwortlich macht. Die einzelnen Zentren treten zueinander auf dem Wege über Verhandlungen und Kompromisse, nicht aber aufgrund von Kommando und Subordination, in Verbindung.

Der Zellular- und Polyzentrismus-Ansatz wird den Strukturen, wie sie sich seit 1979 in China erneut herauszubilden beginnen - und wie sie übrigens auch in der chinesischen Tradition bereits zu beobachten waren - am besten gerecht. Zwar wird die Zentrale immer wieder versuchen, durch Partei- und Staatskontrolle auf die Provinzen einzuwirken, doch dürften sich auf die Dauer die zentrifugalen Kräfte

nicht weniger stark erweisen als die zentripetalen. Eine Grundkategorie des chinesischen Denkens ist die Erhaltung des Gleichgewichts. Gelänge es, beide Kräfte zueinander in ein annäherndes Gleichgewicht zu bringen, so wäre den strukturellen Bedürfnissen Chinas, wie sie sich seit Jahrhunderten herausgebildet haben, Genüge getan!

Bei einem solchen Gleichgewicht aber profitieren die Provinzen auch in der Außen- und in der Außenwirtschaftspolitik. Von zunehmendem Gewicht dürften dabei die bereits erwähnten Patenschaften sein. Was die Bundesrepublik anbelangt, so haben bereits heute fünf der zehn Bundesländer Patenschaften mit chinesischen Provinzen aufgenommen. Bis zum Ende des Jahrhunderts dürften sämtliche deutschen Länder mit chinesischen Partnerprovinzen verknüpft und in engere gegenseitige Wirtschaftsbeziehungen eingetreten sein. Provinzen können eigene Joint Ventures bis zu einer nach oben unterschiedlich festgelegten Investitionssumme aufbauen, sie können beim Import von Technologie und Ausrüstungen, beim Kompensationshandel oder bei Veredelungsgeschäften ebenfalls bis zu einer bestimmten Summe Eigenabmachungen schließen, und sie dürften eines Tages sogar eigene Wertpapiere emittieren, um auf diese Weise das erforderliche Kapital für weitere Investitionen zu erlangen.

### 2.2.2.

#### Tendenzen quantitativer Natur: Das große Ziel der "Vervierfachung"

Die quantitativen Dimensionen sind durch das generelle Vervierfachungsziel umrissen: Lag das Außenhandelsvolumen 1980, dem Ausgangsjahr aller Berechnungen, bei 56,3 Mrd. Yuan (= 37,8 Mrd. US\$ nach offizieller chinesischer Umrechnung), so soll es bis zum Jahr 2000 auf rd. 225 Mrd. Yuan (zu Preisen von 1980), also etwa 150-160 Mrd. US\$, gesteigert werden, wobei die gesamte Palette - vom Handel bis zu den Dienstleistungen - mit umschlossen ist.

Auch hier gilt die Faustformel, daß eine jährliche Steigerung um 7% genügt, um die Vervierfachung zu erreichen. Der 6.Fünfjahresplan (1980-85) gibt in dieser Richtung Anlaß zu optimistischen Erwartungen; stieg doch in diesem Zeitraum das Ex- und Importvolumen um nicht weniger als 84% gegenüber dem vorangegangenen Fünfjahresplan. Hier wurde also mehr als das Doppelte der Mindestzuwachsrate von 7% erreicht! U.a. lag das Import/Export-Gesamtvolumen i.J. 1985 bei 69,62 Mrd. Yuan (= +30%). Unter diesen Umständen könnte das

Außenwirtschaftsvolumen von 160 Mrd. US\$ i.J. 2000 weit überschritten werden, so daß mit der offiziellen Zielangabe nur eine Art Minimalrahmen abgesteckt ist.

Was die chinesischen Importe anbelangt, so werden sie sich grosso modo stets nach dem Umfang der Exportvolumina bemessen, selbst wenn da und dort - und zwar bloß ergänzend - Kreditfinanzierung in Anspruch genommen wird. Es ist eine Faustregel der chinesischen Außenwirtschaftspolitik, daß der Schuldendienst im Außenhandel auf eine Summe von höchstens 20% des Deviseneinkommens im Berechnungszeitraum begrenzt bleibt. Angesichts der streng konservativen Verschuldungspolitik der Volksrepublik, wie sie dreieinhalb Jahrzehnte lang geübt wurde, ist nicht zu erwarten, daß sich der Akzent hier bis zum Jahre 2000 wesentlich verschiebt, daß die Chinesen also m.a.W. "leichtsinniger werden".

So gesehen hängt das Außenhandelsvolumen letztlich auch vom Gedeihen der Weltwirtschaft sowie davon ab, daß der internationale Protektionismus nicht weiter um sich greift; vor allem im Textilbereich sieht sich China heute schon vor zahlreichen hohen Mauern.

### 2.2.3. Export- und Importstrukturen

Was die zu erwartende Exportstruktur Chinas anbelangt, so verlagert sich der Akzent hier von der Rohstoffausfuhr zum Export von Halbfertig- und Fertigwaren- bzw. zum Dienstleistungsexport und zu wachsendem Tourismus - welch letzterer i.J. 1985 bereits 17,8 Millionen Besucher aus 164 Ländern zu verzeichnen hatte, wobei vor allem die schnelle Anstiegsrate (+38,8% gegenüber dem Vorjahr) bemerkenswert ist; allerdings zeigten sich bereits 1985 erste Überlastungserscheinungen, so daß zu erwarten ist, daß die Zuwächse in den nachfolgenden Jahren etwas heruntergebrems werden müssen, will China nicht in den Ruf eines mangelnden Preis-Leistungs-Verhältnisses geraten. Selbst wenn aber der Zuwachs bis zum Jahr 2000 jährlich unter 5% fallen sollte, stiege die Touristenzahl bis zur Jahrhundertwende doch auf über 30 Millionen an, womit China Deviseneinnahmen von jährlich 2,5 bis 3 Mrd. US\$ (in Preisen von 1985) erzielen könnte.

Was Importe anbelangt, so stehen Investitionsgüter - und hier wiederum die Sektoren Energie, Transportwesen, Maschinen und Chemie - im Vordergrund - bei wachsendem Know-how-Anteil (9).

Die chinesische Führung hat ausdrücklich erklärt, im Zuge ihrer

Öffnungspolitik vor allem vier Punkten seine Aufmerksamkeit schenken zu wollen:

- der Inanspruchnahme ausländischen Kapitals, die auf drei Wegen erfolgen soll, nämlich durch Annahme direkter Investitionen in Form von Joint Ventures, kooperativer Bewirtschaftung, kooperativer Erschließung von Naturressourcen, Kompensationshandel, Verarbeitung und Montage zugelieferter Materialien; zweitens durch mittel- und langfristige Darlehen ausländischer Regierungen, internationaler Finanzorganisationen und verschiedener Entwicklungsfonds und drittens durch allgemeine Handelskredite.

- Darüber hinaus wird auf die Einfuhr fortgeschrittenen wissenschaftlichen Know-hows besonderer Wert gelegt. Wissenschaft und Technik umfassen nach chinesischer Auffassung moderne Anlagen und Zubehörteile, neue und hochqualitative Werkstoffe, neue Daten und Rezepte, Technologien und wissenschaftliche Arbeitsverfahren, fortgeschrittenes Management usw. Vor allem beim Import kompletter Anlagen soll in Zukunft auch das entsprechende technische Know-how voll mitimportiert werden.

- Ferner will China verstärkt Arbeitskraft exportieren, und zwar in Form der Ausführung von Bauaufträgen im Ausland, in Form der Verarbeitung zugelieferter Rohmaterialien, Muster und Entwürfe, in Form von Unternehmensgründungen im Ausland und in Form einer Erweiterung des Tourismus.

- Des weiteren soll verstärkt das Exportwesen gefördert werden. Ganz im Vordergrund stehen folgende Warenkategorien: Mineralien; Buntmetalle und seltene Metalle; Maschinen und elektrische Anlagen; Erzeugnisse der Leicht- und Textilindustrie sowie kunsthandwerkliche Produkte wie Porzellanvasen, Lochstickereien, traditionelle Medikamente und lokale Spezialitäten wie Tee, Heilkräuter, tierische Produkte, eingemachtes Obst etc. Zu verbessern ist die Qualität der Exportgüter sowie das existierende Absatz- und Servicenetz (10). Besonders angestrebt wird umgekehrt die Einfuhr exportfördernder Maschinen und Anlagen.

Zunehmen wird also, um dies nochmals zu wiederholen, die Nutzung ausländischen Kapitals (auch über die Vergabe von chinesischen Schuldverschreibungen im Ausland) sowie die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Beteiligung. Zunehmen wird die Einfuhr von Technologien und Anlagen (auch von kompletten Anlagen), die Vertragsarbeit mit

dem Ausland sowie die Gründung von Wirtschafts-sonderzonen. Der Start für die letztere Entwicklung begann mit dem Ausbau von vier Städten (Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen) zu "Wirtschafts-sonderzonen", diese hat sich seitdem in Form der Öffnung von 14 Küstenstädten und in Form von Flußdelta-Erschließungsprojekten fortgesetzt. Auch werden immer mehr Städte für Ausländer geöffnet. Trotzdem wird China vermutlich auch i.J. 2000 noch darauf bedacht sein, die Ausländer nicht beliebig ausschwärmen zu lassen, sondern sie beisammenzuhalten - in der Regel in Wohnsiedlungen ("Wohngettos") für Ausländer.

### 2.2.4. Wiederaufleben der ideologischen Diskussion zu erwarten?

Zwei Punkte haben lange Zeit im Kreuzfeuer der Diskussion gestanden, nämlich die (angeblich durch wachsenden Außenhandel drohenden) Gefahren der Abhängigkeit und der ideologischen Korruption. Lange Zeit gab es in der chinesischen Führung den Streit zwischen zwei Prinzipien, nämlich "Abkapselung" und "Öffnung". Während der Jahre der Kulturrevolution vor allem wurde, wie es heute heißt, der "linke" Fehler der Abkapselung begangen, indem man das Prinzip des "Vertrauens auf die eigene Kraft" verabsolutierte und gleichzeitig jede Zusammenarbeit mit dem Ausland als "Anbetung alles Ausländischen und Kriecherei vor Ausländern" verdammt.

Diese Ansicht ist von den Reformern längst ad acta gelegt und durch den neuen Kurs des "Türenöffnens" ersetzt worden. In unserer Zeit, da sich in der Welt Produktion, Warenzirkulation, Wissenschaft und Technik so schnell entwickeln, könne kein Land mehr alles aus sich selbst heraus schaffen. Immer wieder wird betont, daß der Kurs der "offenen Tür" nicht nur einer Augenblickslaune entspringe, sondern auf einer "strategischen Grundentscheidung" beruhe - man darf es den Reformern glauben und davon ausgehen, daß auch das Jahr 2000 noch - und gerade - im Zeichen dieser Politik steht. Grundsätzlich will sich China zwar "auf die eigene Kraft verlassen", aber ausländische Hilfe durchaus als wertvolle Ergänzung in Anspruch nehmen. Der Bergsteiger müsse sich beim Klettern zwar in erster Linie auf seine Kraft und Geschicklichkeit verlassen, doch wäre er schlecht beraten, auf hilfreiche Kletterausrüstungen zu verzichten.

Angesichts der immer stärkeren Einbeziehung der chinesischen Volkswirtschaft in die gesamte Weltwirtschaft dürfte es darüber hinaus zu unerwünschten "Über-

bau-Importen" kommen. Ob China solche Einfuhren durch die Gegenstrategie des Aufbaus einer "sozialistischen geistigen Zivilisation" abschirmen kann, mag man bezweifeln. Mit der Zunahme des Außenhandels, der ja von immer mehr selbständig handelnden Einheiten betrieben wird, dürften auch jene Übel wachsen, die heute bereits in der Binnenwirtschaft beklagt werden, nämlich betriebliche Eignung, Steuerhinterziehung, Erzielung "illegaler Gewinne" und jener "bourgeoise Liberalismus", der den Marxismus für überholt erklärt.

Die Reformer geben sich alle Mühe, beide Gefahren (Abhängigkeit und Korruption) herunterzuspielen. Zu Hilfe kommen dürften ihnen der "Geist der Zeit". Nach den Jahren fruchtloser ideologischer Diskussionen verspürt niemand besonderes Verlangen nach einer Neubelebung der alten Diatriben, die ja doch nur wieder unangenehme Assoziationen an die Kulturrevolution hervorriefen!

### 2.2.5.

#### China - ein Konkurrent auf dem Weltmarkt?

Wird China vom Kunden zum Konkurrenten? Bei einigen Gütern wird dies ganz sicherlich zutreffen. Erste Anzeichen dafür gab es bereits 1985. Mit der Abwicklung eines Exportauftrags von über 150.000 t Sojabohnen an Indonesien überrundeten die Chinesen den bisherigen Hauptlieferanten Jakartas, die USA. Im gleichen Jahr lieferte die VR China "aus dem Stand" bereits 10% der Maiseinfuhren Japans und kam dabei abermals den USA ins Gehege, die hier jahrzehntelang eine Art Monopol innegehabt hatten. Spektakulärer noch als bei Sojabohnen und Mais verlief die Trendwende im Baumwollhandel; hatte sich hier doch zwischen 1979 und 1984 das chinesische Erntevolumen von 2,2 Mio. auf 6,2 Mio. t fast verdreifacht. Damit konnte die Volksrepublik vom weltgrößten Baumwollimporteur zum bedeutendsten Produzenten und führenden Exporteur werden.

Was andererseits Industrieprodukte anbelangt, so dürfte die Volksrepublik bis zur Jahrhundertwende weniger zum Konkurrenten der hochindustrialisierten Länder als vielmehr zum effizienten Mitbewerber von Schwellen- oder schwächer industrialisierten Ländern werden - d.h., es tritt vor allem mit der Dritten Welt in Wettbewerb, mit der es erklärtermaßen doch eigentlich hauptsächlich "kooperieren" möchte - Stichwort: "Süd-Süd-Zusammenarbeit". Besonders Indien hat die Konkurrenz Chinas bisher schon kräftig zu spüren bekommen - vermutlich mit weiter wachsendem Druck bis zum Jahr 2000. Zu den

hochindustrialisierten Ländern kann China wahrscheinlicher erst gegen Mitte des nächsten Jahrhunderts in eine wirkliche Konkurrenz eintreten - womit es de facto zu einem "zweiten Japan" würde.

### 3.

#### "Großmacht"? "Weltmacht"? "Supermacht"? Konsequenzen für die Nachbarn?

Für die Nachbarn Chinas stellen sich vor allem zwei Fragen: Wie ist es um den Weltmachtstatus der Volksrepublik bestellt und wie wird diese - so sie ihn erreichen sollte - davon aller Voraussicht nach Gebrauch machen?

#### 3.1. Kann China bis zum Jahr 2000 Weltmachtstatus erringen?

"Macht" - verstanden als Chance, im außenpolitischen Bereich den eigenen Willen auch gegen Widerstreben anderer Staaten durchzusetzen - kann auf sozioökonomischen Potentialen beruhen, aber auch auf Überlegenheit im Sinne von Autorität, ja Charisma. Entsprechend dem Bestreben, Macht vor allem auf impansionistischem Wege auszuüben, soll nachfolgend die Darstellung vom physischen zum "impansionistischen" Potential fortschreiten.

#### 3.1.1. "Macht I": Das physische Potential

Beim Dreiklang Bevölkerungszahl, Landfläche und Rohstoffvorräte weist China Weltspitzenwerte auf: Mit über einer Milliarde Menschen steht es an erster Stelle, mit 9,5 Mio. qkm Fläche an dritter Stelle, und auch bei den Rohstoffvorräten liegt es ganz mit vorn, so z.B. im Kohlebereich auf dem dritten und beim Wasserkraftpotential wiederum auf dem ersten Platz. Alle 140 bekannten industriell verwertbaren Mineralien sind nachgewiesen. China ist damit eines der wenigen Länder, die über fast die gesamte Rohstoffpalette verfügen. Reich ist das Land vor allem an Eisenerz, Manganerz, Wolfram, Erdöl und Kohle; nur bei Nickel, Zink und Kalischeiden Engpässe zu bestehen. Freilich liegen die Lager in der Regel fernab der Küste, so daß sich nicht nur Erschließungs-, sondern auch Transportprobleme ergeben, die erst in weiterer Zukunft gelöst werden können, zumal entsprechende Technologieimporte wiederum Rohstoffe kosten.

Beachtlich auch die Wirtschaftsleistung der 35 Jahre zwischen 1949 und 1984. In diesem Zeitraum hat sich der gesamte Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft verzwanzigfacht, der industrielle BPW allein sogar versiebenundfünfzigfacht; die Stromerzeugung stieg um das 80-, die Kohleförderung um das 20-, der Stahlausstoß um das 253- und die Rohölproduktion sogar um das

880fache. Bei diesen Zuwächsen ist zwar einerseits einzuräumen, daß sie z.T. von Null aus erfolgten; denn 1949 war China auf der Talsohle seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten angelangt; doch wird diese "Vorgabe" sogleich wieder dadurch egalisiert, daß das Land sich auf der anderen Seite zahlreiche kostspielige Experimente geleistet hat, u.a. den Großen Sprung, die Kulturrevolution und den Hua Guofeng-Einbruch von 1977/78.

Auch in Zukunft wird es zwar Schattenseiten der Wirtschaft geben (die fünf Schwachpunkte Chinas sind Energiemangel, Transportengpässe, Materialknappheit, Kapitalarmut und Managementlücken, die ergänzt werden durch Arbeitslosigkeit, Subventionsfesselung und Umweltzerstörung), doch weisen die Werte tendenziell nach oben, seit das Land mit seiner "konservativen Modernisierung" begonnen hat und vor allem die beiden zentralen Neuerungen, nämlich die Umstrukturierung der Wirtschaft und die "Öffnung nach außen" in die Tat umzusetzen beginnt.

Es war schon eine gewaltige Leistung, daß die chinesische Volkswirtschaft in der Lage ist, mit nur 7% des Gesamtackerbodens der Welt fast 25% der Menschheit zu ernähren. Noch beachtenswerter, daß das Land inzwischen die klassischen Voraussetzungen für ein "Abheben" ("take-off") erfüllt: Die produktiven Investitionen liegen weit über 10% des Volkseinkommens (Nettosozialprodukt), eine Reihe von wesentlichen Industriesektoren (Stahl, Chemie, Elektroindustrie) sind in schnellem Wachstum begriffen und außerdem verfügt die Volksrepublik über eine Reihe von Institutionen, die dafür sorgen können, daß das Wirtschaftswachstum weitergeht und daß, wie an anderer Stelle dieser Serie ausgeführt, bis zum Jahr 2000 sogar eine Vervielfachung des BPW erreicht wird.

Bis Ende des Jahrhunderts steht zu erwarten, daß China keine Mittelmacht ("mit Großmachtambitionen") mehr, sondern bereits zur Großmacht herangewachsen ist. Eine "Supermacht" will es ja angeblich nie werden, da dieser Begriff nach chinesischem Selbstverständnis nicht nur objektive Macht, sondern auch den Willen miteinschließt, dieses Potential zuungunsten anderer Staaten zu mißbrauchen. Gegen die "Großmacht"-These könnte eingewendet werden, daß der Abstand zu den beiden Supermächten vor allem in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht noch beträchtlich sein wird; China selbst sieht dies anders: Wie bereits im "Gutachten" hervorgehoben wird, errechnet sich das Land bis zum Jahr 2000 ein

Bruttosozialprodukt, das weltweit die fünfte oder sechste Stelle einnimmt. Diese wirtschaftliche Stärke (die freilich augenblicklich relativiert wird, sobald man das BSP auf Pro-Kopf-Werte umlegt) wird ergänzt durch die unten noch anzusprechenden immateriellen Stärkeelemente, welche mehr zählen als bloße Wirtschaftsmacht. Als Impansionsmacht aber besitzt China schon heute "Weltmachts"-Qualitäten, die bis zum Jahr 2000 vermutlich noch zunehmen.

### 3.1.2.

#### "Macht II": Der Faktor "Impansionsfähigkeit"

Die vier bisher aufgezählten Potentiale, d.h. Bevölkerungszahl, Landfläche, Rohstoffvorräte und Take-off-Fähigkeit, die ergänzt werden durch eine langsamwachsende Militärstärke (dazu oben 1.2.2.), sind zwar beeindruckend, aber als solche noch nicht autoritätskonstituierend. Erstens nämlich hat ein Parameter wie z.B. die schiere Bevölkerungszahl durchaus auch seine Kehrseiten, und zweitens werden sie dem zentralen chinesischen Anliegen, nämlich Macht durch Beeinflussung auszuüben, noch lange nicht gerecht. Hierfür bedarf es schon einer großzügigen Dimensionierung.

In der Tat wurde Macht in der VR China noch nie mit bloß äußerem Potential gleichgesetzt. Schon unter Mao galt selbst die beste Waffe und die beste Maschine letztlich als ein "Haufen Schrott", wenn sie nicht von den "richtigen" Personen gehandhabt werden. Selbst die Atombombe galt lange Zeit nur als "Papiertiger"; denn auch sie mußte letztlich von Menschen in einer spezifisch politischen Umgebung gehandhabt werden. Nicht zuletzt der Vietnamkrieg hat den Chinesen erneut demonstriert, daß sich heutzutage rein "militärische Gesichtspunkte" kaum noch auszahlen. Ebenso wären rein technische oder rein wirtschaftliche Betrachtungsweisen viel zu einseitig, um einen so komplexen Begriff wie "Macht" auszuschöpfen.

Worauf es also ankommt, ist ein umfassender Machtbegriff, der die Summe aus "richtigen" Bestandteilen ist, sei es nun der richtigen Ideologie, der richtigen Organisation oder des richtigen Arbeitsstils. Was freilich als "richtig" zu gelten hat, ist seit dem Ende der fünfziger Jahre heftig umstritten. Während Mao Zedong den Akzent auf Klassenkampf, Massenlinie und Autarkie legte, sind bei den Reformern Leistung, Expertenlinie und Öffnung in den Vordergrund getreten, wobei als Kriterium für die "Richtigkeit" nicht irgendein vorgegebenes Dogma, sondern der sichtbare Erfolg ("Wahrheit in den Tatsa-

chen") herausgestellt wird. Arbeitete Mao noch mit der Formel "Macht = Entwicklungsrichtigkeit = permanente Revolution", so setzen die Reformen auf die Gleichung "Macht = Entwicklungsrichtigkeit = Modernisierung". Die neue Führung setzt nicht mehr auf egalitäre oder partizipative Visionen, sondern auf Wirtschaftswachstum, Wissenschaft und "Demokratisierung", wobei sie bereit ist, die Revolution zu vertagen - wenn nicht am Ende gar zu vergessen. "Macht" in diesem umfassenden Sinne beginnt zu Hause. Viel, wenn nicht alles hängt hierbei von der inneren Stabilität ab. Ohne diese inneren Eigenschaften kann das Land nach außen hin kaum attraktiv werden.

Auch hier ist es um die Volksrepublik nicht schlecht bestellt. Zwar gibt es Arbeitslosigkeit, sektorale Ungleichgewichte, Ausbildungsrückstände, wachsende Wohlstandsgefälle und aufkeimende Generationenkonflikte; doch ist China von keiner der drei klassischen Drittwelt-"Krankheiten" befallen - weder der Verteilungs- noch der Legitimations- noch der Partizipationskrise.

Sollte die geplante Vervierfachung bis zum Jahr 2000 gelingen, so wäre China ein "Entwicklungsland mit beginnendem Wohlstand", in dem Verteilungsfragen lösbar erscheinen; dafür sprechen sowohl die gewaltig Zukunftsinvestitionen der letzten Jahre als auch die Größe des Marktes, das Spar- und Arbeitsverhalten sowie die Lern- und Anpassungsbereitschaft der Bevölkerung.

Auch eine Legitimationskrise ist nicht in Sicht. Der "Staatsstreich" vom Oktober 1976, der nichts anderes war als eine Egalisierung des vorausgegangenen "Staatsstreichs" von 1966, ist in seinen negativen Aspekten längst vergessen; die Deng Xiaoping-Führung genießt breite Sympathien, nicht zuletzt auch in der bäuerlichen Bevölkerung, die von den Wirtschaftsreformen so überproportional profitiert hat. Von einer wirklichen "Entfremdung zwischen Partei und Bevölkerung" kann so lange keine Rede sein, wie die KP den letzten Punkt im Reformbeschluß des ZK vom Oktober 1984 befolgt und sich an die Spitze der Modernisierungsbewegung stellt. In China gibt es (im Gegensatz beispielsweise zur Sowjetunion) keine substantiellen Minderheitenprobleme; hier existiert auch keine Solidarnoz und keine politisch relevante Glaubensgemeinschaft (wie in Polen), keine insgesamt regimeskeptische Bevölkerung (wie in der DDR), kaum rebellische Jugendliche (selbst die Rotgardisten waren "von oben her" organisiert worden) und nur wenig

formelle Opposition: Zum einen hat es die Partei noch allemal verstanden, die dafür in Frage kommende Intelligenz zu klientelisieren, zum ändern haben Dissidenten bei der breiten Bevölkerung noch nie Widerhall gefunden, und schließlich ist die Führung im Land - anders als beispielsweise in den meisten osteuropäischen Staaten - nicht von außen her aufgezwungen. Zweifel hinter der Legitimation der Reformen tauchten also nur dann auf, wenn eine gegnerische Fraktion (z.B. die Schicht der Industriebürokraten) eines Tages die Oberhand gewänne. Solange freilich die Reformpolitik erfolgreich bleibt, besteht hierfür keine Gefahr.

Auch mit einer Partizipationskrise ist voraussichtlich nicht zu rechnen: Das politische System Chinas ruht auf zwei Säulen, nämlich den Danweis (also den "Grundeinheiten" von der Art der Dörfer, der Werkhallen, der gemeindlichen Nachbarschaften etc.) und auf der bürokratischen Struktur des Transdanwei-Bereichs. In China gibt es keine Demokratie, sondern eine Danwei-Demokratie, keine Sozialpolitik, sondern weitgehend nur Danwei-Sozialpolitik. Der einzelne ist weniger Staats- als vielmehr Danwei-Bürger. Die Kulturrevolutionäre hatten versucht, die hohen Mauern zwischen beiden Bereichen niederzureißen, doch haben die Reformen Experimente solcher Art wieder rückgängig gemacht: Die Dorf-, Betriebs- und Nachbarschafts-(Teil)Autonomie beginnt wieder um sich zu greifen. Die Danwei kann m.a.W. wieder in eigener "Verantwortung" wirtschaften und administrieren. Mit diesem (durchaus eingegengten) Zustand der Partizipation innerhalb der Danwei ist der Durchschnittschinese zufrieden; mag der Bürokratismus im Transdanwei-Bereich weiterbestehen - innerhalb der eigenen Einheit hat man die adäquaten Freiräume und Mitspracherechte.

Ein (im Sinne der Reformen verstandener) "richtiger" Kurs und die Abwesenheit gesellschaftserschütternder innerer Krisen ergeben im Verein mit den oben erwähnten fünf "physischen" Potentialen eine durchaus dynamische Mischung, die sich in außenpolitische Impansionsfähigkeit umsetzen läßt. Der VR China kommt hier überdies zugute, daß sie seit 1971 - als einziges Land der Dritten Welt - zu einem der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats geworden und damit zu einer Art Sprecher für die Dritte Welt in diesem wichtigsten aller internationalen Gremien avanciert ist.

Vor allem in der Dritten Welt auch wird Beijing versuchen, seine Führungsrolle nicht auf direktem, son-

den auf indirektem - eben impansivem - Wege zu verwirklichen. In alter Zeit präsentierte China sich als Zivilisations- und während der maoistischen Jahre als Revolutionsmodell. Das China der Reformer möchte dagegen gern als sozioökonomisches Modernisierungs- sowie als außenpolitisches Kooperationsvorbild für die "Süd-Süd-Zusammenarbeit" gelten.

### 3.2. Nicht Expansionsismus, sondern Impansionismus

#### 3.2.1. China als stabilisierendes Element im internationalen System

Hier ist zunächst daran zu erinnern, daß China keiner sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft a la RGW angehört und daß es offensichtlich auch fest entschlossen ist, sich nie einem Block anzuschließen, vor allem nicht einem solchen militärischer Natur. Es kann also nicht mit Druck, sondern nur mit Überzeugungsarbeit an sein Ziel kommen.

Höchstwahrscheinlich wird ihm diese Mission umso besser gelingen, je weniger es sich als destabilisierende Macht hervortut, je glaubhafter es vielmehr umgekehrt - gleichsam aus dem revolutionären Zölibat heraus - für eine Verfestigung der antihegemonistischen Strukturen eintritt.

Konkret läuft dies auf folgende Punkte hinaus:

- Schaffung einer friedlichen Umgebung, die dem Aufbauprozeß im eigenen Land günstig ist. Dies ist in der Tat das nach den offiziellen Verlautbarungen wichtigste außenpolitische Ziel bis zum Jahr 2000. Eine "friedliche internationale Umgebung" soll es dem Land ermöglichen, zu Hause in aller Ruhe den seit 1978 eingeleiteten Entwicklungsprozeß fortzusetzen. Der Friede wird m.a.W. als Grundvoraussetzung für eine optimale innere Entwicklung begriffen.

- Zweitens wird sich China für den Aufbau einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NWWO) einsetzen und

- drittens für solide und gleichgewichtsfördernde Regionalbündnisse plädieren. Bei dieser zuletzt genannten Politik geht Beijing von der Prämisse aus, daß Länder und Regionen, die ihren eigenen Interessen entsprechend leben, automatisch antihegemonistische Abwehrinstinkte und -mechanismen entwickeln. Wofür China also eintritt, ist der weitere Ausbau der EG, der ASEAN, der Südasiatischen Gemeinschaft, der ZOPFAN, des Andenpakts, Großarabiens, Großma-

ghrebs oder aber der OAU - und es wird wohl auch in Zukunft zum Sprecher nationaler "Wiedervereinigungen" (Korea, Deutschland und Gesamtchina!) gehören.

Die besten "Hörer" wird China in der Dritten Welt haben.

#### 3.2.2. Wie wird China von seiner Machtfülle voraussichtlich Gebrauch machen?

Generell ist eine Wiedergeburt traditioneller Elemente in der chinesischen Außenpolitik zu erwarten - und zwar nicht nur deshalb, weil in einem Land mit einer 1-Milliarden-Bevölkerung und einem historischen Continuum chinesischen Zuschnitts die Geschichte nun einmal Eigengewicht entfaltet, sondern auch weil eine solche Entwicklung den Vorstellungen des Durchschnittschinesen von "Normalität" durchaus entgegenkommt. Nicht zuletzt ist es aber das Hauptcharakteristikum der chinesischen Geschichtsphilosophie, daß bestimmte Ereignisse, Abläufe und Lebensbilder der Vergangenheit nicht als abgeschlossen gelten, sondern - ohne Rücksicht auf ihren historischen Kontext - als zyklisch immer wiederkehrend interpretiert werden.

Wenn diese Hypothese von der Rückkehr der "Normalität" zutrifft, dann sind Auswirkungen auf alle drei Hauptsektoren der Außenpolitik zu erwarten - auf die Zielvorstellungen, auf die Mittelstrukturen und auf den Stil des Außenverhaltens.

- Die einzelnen Ziele werden sich weiterhin gegeneinander verschieben und es ist zu erwarten, daß nationale sowie autoritätsbezogene Bestrebungen im selben Maße antihegemonistische, modernisierungsbedachte und nun gar revolutionäre Ziele in den Hintergrund schieben, als China eine seinen materiellen Dimensionen analoge Machtstellung im internationalen Gefüge annimmt.

Was im vorliegenden Zusammenhang allerdings weitaus mehr interessiert als die Rangfolge, ist die "Gefährlichkeit" der Ziele für die Nachbarn. Hier zeichnet sich allerdings eine beruhigende Antwort ab: Chinas Außenpolitik weist tendenziell nicht in eine territorial-expansive, sondern in eine pädagogisch-impansive Richtung. Obwohl diese Aussage nur negativer Art ist, also nur andeutet, was China voraussichtlich NICHT will, trifft sie doch auf den zentralen Nerv des Unbehagens der meisten näheren und fernerer Anrainer Chinas, deren nationale Weiterexistenz ganz gewiß auch von der Frage berührt wird, ob mit diesem China ein gutartiger oder aber ein expansions-

besessener Nachbar heranwächst.

- Auch die Strategien und Mittel werden eher kommunikativ-erzieherisch als gewaltorientiert sein: Politische Mittel erhalten also Priorität vor militärischen Einsätzen; selbst "Erziehungsfeldzüge" dürften unter diesen Voraussetzungen die große Ausnahme bleiben. Ferner wird Volksdiplomatie wegen der mit ihr einhergehenden persönlichen Ansprechmöglichkeiten beliebter sein als Staatsdiplomatie: Personen- vor Appartebeziehungen!

Es ist also m.a.W. mit einer Bevorzugung solcher Mittel zu rechnen, die am ehesten "innere Kontrolle" zulassen.

Auf den Krüppel der Linken Strategie wird China freilich auch in Zukunft nie ganz verzichten wollen, selbst wenn es sich ansonsten ganz mit der Rechten Strategie anfreundet; dient die "Linke" doch als eine Art ultima ratio gegen "schwerer ziehbare" Mitglieder der Völkerfamilie! Freilich hat diese Linke Strategie dann kaum noch etwas, wie ehemals, mit Marxismus oder Weltrevolution, sondern statt dessen hauptsächlich mit Rückkehr zur Tradition zu tun! Man vergesse jedoch nicht, daß die Linke Strategie selbst während der Kulturrevolution im allgemeinen weniger praktiziert als vielmehr verbalisiert - oder überhaupt nur angedroht - wurde: Die einzelnen Aufstands Bewegungen möchten doch gefälligst "auf eigenen Beinen" stehen und sich nur in Ausnahmefällen auf chinesische Hilfe verlassen! Auch damals war also bereits der Impansionismus vorherrschend! In Zukunft wird China mit Linker Strategie vor allem auf "ungehörige" Nachbarstaaten einzuwirken versuchen - man denke an Vietnam, Laos und das volksrepublikanische Kamboodscha oder aber an Afghanistan!

- Was schließlich die Stilebene angeht, bei der Motivation und Verhaltensweisen im Vordergrund stehen, so wird die Tendenz zur Innenschau anhalten. China wird sich m.a.W. nur widerwillig mit Außenbeziehungen befassen und vielleicht auch immer wieder "Urlaubspausen" einlegen. Wenn Außenpolitik freilich schon unvermeidbar sein sollte, so hat sie wenigstens impansionistisch zu sein - und zwar mit der Ausrichtung, unerwünschte Entwicklungen zu verhindern. Chinas Außenpolitik dürfte insofern auch i.J. 2000 eher reaktiv als aktiv sein.

1974 hat Deng Xiaoping bei der UNO-Rohstoffkonferenz nicht nur die Drei-Welten-Theorie verkündet, sondern auch das feierliche Versprechen abgegeben, daß China sich nie in eine "Supermacht ver-

wandeln" werde. Wird es also der erste Staat der Welt sein, der die gewaltigen Kräfte, die ihm eines Tages zuwachsen, nicht zum Nachteil anderer Staaten einsetzt? Letztlich wird die Antwort auf diese Frage davon abhängen, ob China zu seiner traditionellen Erziehungshaltung zurückkehrt. 2000 Jahre außenpolitischer Praxis bieten Anschauungsmaterial dafür, daß ein Nachbarvolk, das die chinesischen Lektionen verinnerlicht und der VR China ihr Gesicht läßt, in seiner Eigenständigkeit respektiert wird, also nichts zu befürchten hat.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. den vollen Text der Rede in C.a., August 1975, S.432-435.
- 2) Ebenda.
- 3) Näheres zu diesen Überlegungen ist ausgeführt in: Draguhn/Schier (Hrsg.), "Indochina: Der permanente Konflikt?", Bd.139 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1985, S.245-270, und Weggel, "Entwicklungen der Indochina-Frage seit dem Ende des Vietnamkriegs. Geschichtete Perspektiven, denkbare Lösungsansätze" in: Europaarchiv 1985, Nr.2, S.49-56.
- 4) XNA, 21.11.85.
- 5) Weitere Einzelheiten hierzu in: Oskar Weggel, "Die Weltgeltung Chinas. Zwischen Verweigerung und Impansionismus", München 1986, III.Kap.
- 6) In diesem Sinn XNA, 21.11.85.
- 7) Einzelheiten dazu in: Oskar Weggel, "Neue Entwicklungen im Außenhandelsrecht: Die Provinzen melden sich zu Wort", C.a., November 1981, S.725-731.
- 8) Dazu Oskar Weggel, "Bleiben die Planeten auf ihren Bahnen? Peking und die Provinzen", C.a., November 1972, S.15-21.
- 9) Eine höchst lesenswerte Aufschlüsselung findet sich bei Wolfgang von Lingelsheim-Seibicke, "Das China-Geschäft heute und morgen. Chancen und Risiken neuer Marketingkonzeptionen", Köln 1985, S.261 ff.
- 10) HQ 1982/8 in BRu 1982, Nr.22, S.14-17.

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

BRUNHILD STAIGER

#### Schwerpunkte der Erziehungsarbeit im Jahre 1986

\*  
\*  
\*\*\*\*\*

Anfang März 1986 fand in Beijing eine nationale Arbeitskonferenz über das Erziehungswesen statt, auf der die Fortschritte seit Inkrafttreten der Erziehungsreform vom Mai 1985 sowie die Aufgaben für das laufende Jahr diskutiert wurden. Auf der Abschlußveranstaltung am 10.März hielt Li Peng, der Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission, eine Rede über die Schwerpunkte der diesjährigen Arbeit auf dem Gebiet des Erziehungswesens (vgl. GMRB, 12.3.86). Die Rede vermittelt einen guten Überblick über die Probleme, mit denen sich die Kommission und die lokalen Erziehungsbehörden zur Zeit konfrontiert sehen. Sie soll deshalb im folgenden kurz analysiert werden.

#### 1. Einführung der neunjährigen Schulpflicht.

Li Peng setzte sich zunächst mit dem Hauptproblem des chinesischen Erziehungssystems auseinander, nämlich der Einführung der allgemeinen Schulpflicht. Diese soll auf neun Jahre ausgedehnt werden, eine Forderung, die in den Beschlüssen zur Erziehungsreform vom Mai 1985 enthalten ist und für die erst kürzlich ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde (vgl. C.a. 1986/1, Ü19). Da sich die chinesische Regierung bewußt ist, daß die neunjährige Schulpflicht nicht gleichzeitig in ganz China zu verwirklichen ist, geht sie den Weg der ungleichen Entwicklung, ähnlich wie in der Wirtschaft, d.h., den lokalen Einheiten sind je nach Entwicklungsstand unterschiedliche Fristen zur Erreichung des Zieles gesetzt. Diese Strategie bekräftigte Li Peng in seiner Rede vom 10.3.86, indem er betonte, daß bei der Einführung der neunjährigen Schulpflicht von den unterschiedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen der verschiedenen Gebiete und Orte auszugehen sei. Zunächst einmal müsse die Grundschulbildung überall gut eingeführt werden. Die Erscheinung, daß die Grundschulbildung gelegentlich vernachlässigt werde, sei zu korrigieren. Außerdem sei auf den Grund- und Mittelschulen die Lern-

belastung der Schüler zu verringern; zugleich solle die Tendenz unterbunden werden, blind danach zu streben, möglichst viele Schüler auf weiterführende Schulen überwechseln zu lassen. Im übrigen solle den Schülern eine umfassende Bildung zuteil werden, die die moralische, wissenschaftliche und körperliche Entwicklung einschließt. Besonderer Wert solle auf den Unterricht in Sprache und Mathematik gelegt werden, daneben seien aber auch Fächer wie Musik, Sport und Kunst nicht zu vernachlässigen.

Das Hauptproblem bei der Einführung der neunjährigen Schulpflicht sei nach wie vor das Lehrproblem. Zur Lösung dieses Problems nannte Li Peng drei verschiedene Wege: a) länger- und kurzfristige Ausbildungskurse an pädagogischen Hochschulen, b) Entsendung von Lehrergruppen aus dem der Zentrale unterstellten Bildungssektor in unterentwickelte Gebiete, wo sie Lehrer ausbilden helfen sollen, und c) Lehrerfortbildung durch Fern- und Fernsehkurse. Neben der Ausbildung erwähnte Li Peng als weiteres Problem die soziale Stellung und die wirtschaftlichen Bedingungen der Lehrer im nichtstaatlichen Bereich, also im nicht der Zentrale unterstellten Sektor (minban-Sektor), dem der überwiegende Teil der Lehrerschaft angehört. Das Ziel müsse sein, diese Lehrer wirtschaftlich den der Zentrale unterstehenden Lehrern gleichzustellen. Schließlich ermunterte Li Peng insbesondere den nichtstaatlichen Erziehungssektor zu höheren Investitionen im Erziehungswesen.

Aus den in diesem Punkt angeschnittenen Problemen geht hervor, daß das Ziel der neunjährigen Schulpflicht auf zweierlei Schwierigkeiten stößt: einmal den Mangel an qualifizierten Lehrern, zum anderen die Finanzknappheit der Gemeinden, die die Hauptlast der allgemeinen Schulbildung zu tragen haben, da sie für die Grundschulziehung zuständig sind. Daß die lokale Ebene nicht genügend im Erziehungswesen investiert, hat mehrere Gründe. Einige Gemeinden scheinen finanziell tatsächlich überfordert zu sein, andere wollen die Prioritäten zugunsten wirtschaftlicher Projekte setzen, wieder andere sehen keinen Sinn darin, im Bildungssektor zu investieren, in dem es lange dauert, bis die Investitionen sichtbare Ergebnisse einbringen. Das von Li Peng kritisierte Streben vieler Schulen, eine möglichst große Anzahl von Schülern auf weiterführende Schulen zu bringen, erklärt sich daraus, daß diese Schulen öffentliche Zuschüsse zu erlangen hoffen, denn der Staat unterstützt nur die qualitativ herausragenden Schulen.